

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1298.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: G. B. K. Hof, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsfeld und Dresden-Altkönigsfeld.

**Zeitungspreis** einschließlich Frangierlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 100.— M., Einzelnummer 5.— M.  
**Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25281.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Verlagszeit:** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 8 gespaltene Kompartimentszeile 20.— M., Familienanzeigen 14.— M., die 8 gespaltene Reklamenzeile 75.— M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Brieflieferung 8 M.

Nr. 215

Dresden, Donnerstag den 14. September 1922

33. Jahrg.

## Der Landtag aufgelöst

53 bürgerliche und kommunistische gegen 39 sozialdemokratische Stimmen

### Sächsischer Landtag

Donnerstag, 14. September 1922.

Haus und Tribünen sind stark besetzt. Präsident Frähdorf eröffnet kurz nach 12 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung über den Antrag Artz u. Gen. (Soz.) auf Änderung der Artikel 6 und 9 der Verfassung sowie über die Vorlage betreffend ein Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages und über den Antrag Ebert u. Gen. (Komm.) auf Auflösung des Landtages.

Abg. Wünger (D. Sp.) berichtet für den Rechtsausschuss und vertritt dabei den Standpunkt der Mehrheit, die bekanntlich den Antrag gestellt hat, daß dem sozialdemokratischen Antrage auf Einführung der befristeten Landtagsauflösung keine Folge zu geben ist. Ferner beantragt die Mehrheit, dem von bürgerlicher Seite beantragten Volksbegehren stattzugeben, der Landtag löst sich sofort auf.

Abg. Dr. Graf (Soz.) vertritt den Standpunkt der Minderheit. In einer Demokratie ist es ein Leiding, daß eine Regierung ein paar Monate ohne Parlament gelassen wird. Besonders in Zeiten, wie den jetzigen, könne die Regierung in eine Situation kommen, in der es ihr schief mit Hilfe von Art. 48 der Verfassung unmöglich ist, ohne Parlament und Überwachungs Ausschuss die Regierungsgeschäfte ordnungsgemäß weiterzuführen. Die Minderheit beantragt: Die Neuwahl findet vor Ablauf der Wahlperiode statt. Wird der Antrag durch Volksentscheid aufgelöst oder löst er sich selbst mit sofortiger Wirkung auf, so muß die Neuwahl spätestens am 30. Tage nach der Auflösung stattfinden. Sittet sich der Landtag befristet auf, so sind die Neuwahlen vor dem Ablauf der Auflösungsdauer so rechtzeitig vorzunehmen, daß der neu gewählte Landtag an dem Tage, der dem Auflösungsbescheid folgt, zusammenzutreten kann.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) bringt einen Minderheitsantrag ein, den er als Vermittlungsvorschlag bezeichnet. Danach sollen in Ziffer 1 des Wählergesetzes die Worte „Wird der Landtag durch Volksentscheid aufgelöst“ usw. bis „zusammenzutreten kann“ gestrichen werden. Ziffer 2 des Wählergesetzes soll folgende Fassung erhalten: Art. 9 der Verfassung erhält folgende Fassung:

„In den Fällen der Absätze 1 und 2 endet die Wahlperiode mit dem Tage der Neuwahl. Die Neuwahl muß spätestens am 30. Tage, nachdem der Landtagsbescheid auf Auflösung ergangen oder das Abstimmungsresultat des Volksentscheides im Sächsischen Gesetzblatt bekanntgemacht worden ist, erfolgen. In der Zwischenzeit darf der Landtag nur nach Angelegenheiten erledigen, deren Dringlichkeit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten anerkannt wird.“

Abg. Müller (D. Sp.): Wir erklären auch in dem Antrage Dehne keine Lösung und werden gegen ihn stimmen. Er bedeutet eine weitere Hinauszögerung unseres Beschlusses.

Abg. Renner (Komm.): Würden wir den Landtag weiter leben lassen, so würde seine Mehrheit doch nichts tun, was den Arbeitern nützen könnte. Als Wahlmänner hat man auf die heutige Tagesordnung auch das Gesetz über die Wahlen der Beamten und Lehrer gesetzt; es bedeutet gar nichts für die Befestigung der Position der Arbeiter. Regierung und Landtag stellen sich als Ball vor die Kurzwahl gegen das ankommende hungernde Proletariat. In Sachsen sei durch die Sozialdemokratie die Politik Einheitsfront unter der Führung der Sozialisten (Gelächter bei den Soz.). Die Sozialdemokratie stehe in einer arbeiterfeindlichen Einheitsfront mit den Bürgerlichen, sie habe das Antitraggesetz zu Fall gebracht, sie habe den Polizeistaat angenommen. (Gelächter im ganzen Hause. Zurufe bei den Soz.: Ihr habt ihn ja auch angenommen!) Die Sozialdemokratie habe den Kampf des Proletariats gegen das Bürgertum eingestellt und ihn überall zu hemmen versucht. In dieser bekannten Tonart spricht der Redner etwa dreieinhalb Stunden, vielfach von Zurufen und Schallstimmen des ganzen Hauses unterbrochen. Endlich erklärt er: Diese Politik machen wir nicht mit. Wir lehnen es ab, den Anträgen auf Verschleppung der Landtagsauflösung zuzustimmen, und werden für die Landtagsauflösung stimmen.

Abg. Müller, Leipzig (N. Soz.), lehnt die im demokratischen Minderheitsantrage enthaltene Bedingung ab. Wenn Herr Renner gesagt hat: Der Landtag hat in den zwei Jahren seines Bestehens nichts getan, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, so frage ich ihn: Warum haben die Kommunisten zwei Jahre lang diese arbeiterfeindliche Politik unterstüzt? (Abg. Behke (Soz.) ruf den Kommunisten zu: Das zeigt Ihre Verlogenheit! Gegenruf der Kommunisten: Lämmer!) Im Laufe seiner weiteren Ausführungen führt der Redner unter dem Vorzeichen und Loben eine lange Liste von arbeiterfeindlichen Taten der äußersten Linken auf. (Präsident Frähdorf ermahnt die Kommunisten, wenigstens den Anschein zu wahren.) Der Redner fährt fort: Den Eindruck, daß es dank Ihrer Unterstützung der Bürgerlichen gelingen wird, die sozialistische Regierung aufzulösen und die Stimmzettel in Sachsen durchzuführen, werden Sie nicht verwirklichen können. Sachsen war der stärkste Ball gegen die Reaktion im Reich und diesen Schutzwall haben Sie unterminiert. Lösen Sie ruhig mit der Mehrheit den Landtag auf, ich wünsche Ihnen viel Glück dazu, vor allem bei den Wählern! (Abg. Bravo! bei den Sozialisten.)

Abg. Hofmann (Dnat. Sp.): Der Ton, der heute hier geherrscht hat, gibt uns erneut Veranlassung, für den Antrag des Rechtsausschusses auf sofortige Landtagsauflösung zu stimmen.

Abg. Müller, Chemnitz (Soz.): Wir nehmen den Minderheitsantrag der Demokraten mit Ausnahme des Schlußsatzes an. Wenn wir schon der befristeten Landtagsauflösung zustimmen, so können wir der Regierung doch keine Frist anlegen. Die Antwort auf die Ausführungen des Herrn Renner hat schon der Kollege Müller erteilt. Im übrigen warten wir auf die Dinge, die da draußen kommen werden. Die Rede Renners werden wir anschlagen, denn sie nützt uns.

### Parteigenossen und -genossinnen!

Vorbeküchlich der Zustimmung der Parteitage von Augsburg und Gera berufen die unterzeichneten Vorstände zum 24. September, vor-mittags 9 Uhr, nach dem Herkules-Velodrom in Nürnberg einen

### gemeinsamen Parteitag

ein, zu dem jeder der beiden Parteitage bis 150 Vertreter zu entsenden berechtigt ist.

Tagesordnung: Die Einigung der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin, den 13. September 1922.

Partei Vorstand der Sozialdem. Partei Deutschlands.  
Zentralleitung der Unabh. Sozialdem. Partei Deutschlands.

Die Vorstände der beiden Sozialdemokratischen Parteien haben beschlossen, an die auswärtigen Delegierten auf den Parteitagen von Gera und Augsburg die gemeinsame Aufforderung zu richten, auch dem Einigungstage von Nürnberg beizuwohnen.

Abg. Siwert (Komm.) verteidigt in langen Ausführungen die Haltung seiner Fraktion und wagt dem Abg. Müller Demagogie vor.

Abg. Behke (Soz.) zeigt unter stürmischer Heiterkeit an zahlreichen Beispielen die praktische Politik der Kommunisten und deren Unfähigkeit, positive Vorschläge zu machen.

In seinem Schlusswort bemerkt Abg. Dr. Graf (Soz.) nach, die Thüringer Wahlen beweisen, daß die Kommunisten nichts weiter tun, als den Bürgerlichen den Strigbügel halten.

### Abstimmung

Der demokratische Antrag wird in seinem ersten Teile mit Mehrheit, die aus den beiden sozialistischen Fraktionen und den Demokraten besteht, angenommen, im zweiten Teile aber gegen die Demokraten abgelehnt. Als dann über den An-

trag im ganzen abgestimmt wird, stimmen die Bürgerlichen geschlossen und die Kommunisten dagegen. Damit war der Antrag Dr. Dehne gefallen.

Der sozialistische Minderheitsantrag auf befristete Landtagsauflösung wurde ebenfalls gegen die Bürgerlichen und die Kommunisten abgelehnt.

Darauf wird der Antrag der Majorität auf sofortige Landtagsauflösung in namentlicher Abstimmung mit 53 Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen.

Präsident Frähdorf: Damit ist der Landtag aufgelöst. Die Sitzung ist geschlossen! (Bravo-Rufe rechts.)

### Die Unruhen in Polnisch-Oberschlesien

Kreuzburg, 13. September. Gestern nachmittag kam es hier zu Unruhen, bei denen die Menge den Direktor der hiesigen Mühle überfiel und ihm erhebliche Körperverletzungen beibrachte. Die Aufforderung der hiesigen und der aus Schwientochowitz eingetroffenen Polizei, sich zu zerstreuen, beantwortete die Menge mit einem Ueberfall auf die Polizeimannschaft. Einige Polizisten wurden mißhandelt. Das zur Verstärkung herangefommene Militär mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen und brachte die Ruhe wieder her. Zwei Personen sind getötet, zwei weitere Personen sind ihren Verletzungen erlegen. Zwei Personen wurden schwer verletzt. Von der Polizei sind zwei Personen getötet und sechs leicht verletzt worden.

Kattowitz, 12. September. Der Verband kaufmännischer Vereine der Woiwodschaft fordert im Einvernehmen mit den polnischen Behörden in einem Aufruf die Kaufmannschaft der Woiwodschaft zur sofortigen Annahme der polnischen Mark als Zahlungsmittel für verkaufte Waren auf.

### Weitere Ergebnisse der Thüringer Wahlen

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes aus 18 Landkreisen liegen über die Kreisratswahlen in Thüringen aus 18 Landkreisen die Ergebnisse vor. Von diesen haben drei eine sozialistische und zehn eine bürgerliche Mehrheit aufzuweisen. Die sozialistischen Stimmen haben einen gewissen Rückgang erfahren, und zwar zu einem kleinen Teile zugunsten der Kommunisten, zum größeren Teil zugunsten des Landbundes und der Mittelstandsliste. Aber auch der Landbund erhielt auf Kosten der politischen Rechtsparteien Zuwachs.

## Die Tätigkeit der Reichstagsfraktion

In einer 78 Seiten starken Schrift gibt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Bericht über ihre Tätigkeit im letzten Jahre. Sie stellt fest, daß sie in dieser kritischen Zeit, besonders am Ende der Periode, unbedürftet um die Angriffe von rechts wie links, auf dem geraden Wege weitergegangen, den sie seit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Reichstages eingeschlagen.

Der Abschnitt über die auswärtige Politik verbreitet sich über die Reparationsfragen, die Konferenzen von Cannes, Genoa, den Rapallovertrag mit Rußland, sehr ausführlich über Oberschlesien und dann noch über einige minder hervorsteckende Sachen, so über den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, der nach der Meinung der Fraktion zu einer höheren Form des Zusammenlebens der Völker führen wird.

Der Reichshaushaltplan 1921/22 erfordert 352 292 Millionen Mark. Durch Steuern werden aufgebracht 118 971 Millionen Mark, durch Anleihe sind aufzubringen 233 321 Millionen Mark. Die Kosten der Rheinlandbesetzung belaufen sich allein auf 14 Milliarden Mark in diesem Jahre. Der Bericht bringt Auszüge unserer Redner zur Generaldebatte und zu den wichtigsten Einzeldebatten, vor allem zum Reichsarbeits-, Post- und Verkehrsministerium. Die unter den einmaligen Ausgaben geforderten Mittel für die Technischen Reichshilfe lehnte die Fraktion ab, weil sie gegen die weitere Ausdehnung der Reichshilfe ist und sie nicht zu einer dauernden Einrichtung machen will.

Bei den Beamtenfragen kommt auch der Streit der Eisenbahner zur ausführlichen Besprechung und die durch ihn veranlaßte Regierungskrise. Die Unabhängigen verhinderten den Regierungsturz, indem sie dem Billigungsantrag für die Regierungsmassnahmen, obwohl sie offiziell dagegen stimmten, durch Abwesenheit bzw. Stimmeneuthaltung einer Anzahl ihrer Abgeordneten zur Annahme verhalfen.

Steuerpolitik. Unsere Fraktion hat dem Steuerkompromiß zugestimmt, weil ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushaltplan geschaffen werden mußte und weil die Steuererhebung auf der Linie der von der Fraktion vertretenen Politik der verbotenen Verzögerung liegt, mit der allein es möglich sein dürfte, eine Verständigung mit der Entente über die Reparationen und den Abba der Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu erreichen. Der Bericht zählt die 15 Steuerarten auf, die neben der Zwangsanleihe dem Kompromiß zugrunde liegen. Die in ihn nicht eingeschlossenen Erbschafts- und Schaumweinsteuern

wurden bedeutend erhöht. — Der Finanznot der Gemeinden konnte einstweilen durch Erweiterung ihrer steuerlichen Befugnisse noch nicht ein Ende gemacht werden, doch wird sich die Partei dafür kräftigst einsetzen.

Die Wirtschaftspolitik hat sowohl in ihrem Zusammenhang als bei den einzelnen Fragen: Getreide, Brot, Zucker, Wolle, Wagenmangel, Hilfsmaßnahmen für die Zeitungen usw., eine stillesche Reihe von Rednern auf die Tribüne gebracht. Einen Ausblick auf die Zukunft zu geben, ist bei den von Tag zu Tag schwankenden Verhältnissen auch unsere Fraktion nicht imstande.

Wohnwesen und Siedlungspolitik, einschließ-lich der Tätigkeit für Reichsmietengesetz und Pachtschutzordnung, nahmen die Tätigkeit der Fraktion stark in Anspruch. Anträge zur Förderung des Wohnungsbauwesens, insbesondere der Verbilligung der Bauausführung, wurden von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit abgelehnt; vor allem wollen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei die freie Wirtschaft auch auf dem Wohnungsmarkt — entsetze daraus, was wolle. Das nur bis zum 1. Juli 1926 geltende Reichsmietengesetz wurde angenommen; die einen wirklichen Schutz der Pächter gar nicht darstellende Pachtschutzordnung wurde bis zum 30. September 1924 verlängert. Die gekündigte Fläche wurde von 25 Hektar auf 10 Hektar erweitert.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik war unsere Fraktion am hervorragendsten von allen Parteien tätig. Die Änderungen der Bestimmungen in der Sozialversicherung machten viel Arbeit. Verabschiedet wurden u. a. Gesetze über die Änderung der Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, Soldatenversicherung, Änderungen bei der Angestelltenversicherung, über Kostlosmaßnahmen bei Invaliden und Rentnern, über Verfahren in Versicherungssachen, Zulassung der Krankenversicherung auf alle Hausgewerbetreibenden, Leuzungsmaßnahmen für Militärentrenter, ein Personenschadengesetz. Weiter beschäftigten die Fraktion neben anderen auch die Verabschiedung der Gesetzesentwürfe über Wochenhülfe und Wocherfürsorge, über die Arbeitszeit in den Stein- und Zieglerwerken, die Erwerbslosenfürsorge und das Arbeiternachweidengesetz, dessen Gestaltung unsere Anforderungen zwar nicht genügt, dem wir aber trotzdem die Zustimmung erteilen, weil es, entgegen den Absichten der meisten Bürgerlichen, eine nicht unvorherrliche Verbesserung gegen früher ist.

In der Budgetgesetzgebung stimmte die Fraktion dem Grundgesetz höherer D. monatlich zu, daß in weitgehendem Maße